

Marktbericht
April 2018





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Streit um Importzölle hält an

Quasi zum letztmöglichen Zeitpunkt hat Donald Trump Ende April die Entscheidung über Importzölle auf Stahl und Aluminium aus Europa verschoben. Die Frist im Zollstreit wurde um 30 Tage verlängert und in der Zeit bis zum 30.05.18 sollen die Verhandlungen final beendet werden. Die Fristverlängerung gilt auch für Mexiko, Kanada und Südkorea, weiteren Aufschieben erteilte das Weiße Haus eine Absage. Für China gelten sie schon seit April. In dem Schritt sieht die US-Regierung eine Maßnahme zum Schutz der amerikanischen Industrie.

Aber in dem Handelsstreit zwischen der EU und Amerika geht es um mehr als nur die Strafzölle. Präsident Trump zielt vor allem auf niedrigere Importmengen und auf die Einführung von Quoten, die die Importe begrenzen. Das Importdefizit zu verringern ist ein wesentliches Ziel.

Die EU kritisiert Trumps Fristverlängerung, denn die Unsicherheit wird immer weiter geschürt und als Gift für den Handel bezeichnet, weil sich die Exporteure zurückhalten. Unternehmen wüssten nun immer noch nicht, ob und wann die Zölle kämen und ob sich ihre Geschäfte mit den Vereinigten Staaten dann noch rechnen würden.

Es mehren sich auch Stimmen, den Freihandel mit anderen Regionen auszubauen und sich nicht vom Protektionismus der USA provozieren zu lassen. Im Wahlkampf hatte Trump versprochen, durch die Einführung von Zöllen Arbeitsplätze in der Stahl- und Aluminiumindustrie zurückzuholen. Aus ökonomischer Sicht ist dieses Versprechen nicht zu halten, denn nicht Importe, sondern auch fehlender technischer Fortschritt und Strukturwandel haben zum Rückgang der Beschäftigung in diesen Industrien geführt. Die Importe aus Europa und Kanada haben diese Fehlentwicklung lediglich verstärkt.



EUROPA

■ Eurokurs fällt nach EZB-Sitzung

Die Geldpolitik der Eurozone war am Devisenmarkt das beherrschende Thema im April. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat erneut klargemacht, dass sie ihre Geldpolitik nicht verändert und die Leitzinsen weiter auf dem Rekordtief hält. Nach den geldpolitischen Beschlüssen der EZB ist der Kurs der europäischen Gemeinschaftswährung zurückgegangen. Der Referenzkurs wurde am 30.04.18 auf 1,2079 Dollar festgesetzt und lag damit nur knapp über dem tiefsten Stand seit Mitte Januar 2018.

Trotz der zuletzt enttäuschenden Konjunkturdaten dämpfte der EZB-Präsident Mario Draghi die Sorgen vor einem Abflauen der Konjunktur in der Eurozone. Ferner rechnet Draghi weiter „mit einem soliden und breiten Wachstum“.

Dennoch mehren sich die Zeichen, dass Europas Wirtschaft ihr Limit erreicht hat. So ist der kombinierte Einkaufsmanagerindex für die Eurozone aus Verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungsindex im März auf 55,2 Punkte gesunken. Analysten hatten mehrheitlich mit einem Wert von 55,3 Zählern gerechnet. Im Februar lag der Index bei 57,1 Punkten. In einigen ehemaligen Krisenländern, so z. B. in Spanien, konnte die Wirtschaft teilweise Wachstumsraten von mehr als drei Prozent erreichen. Die wirtschaftliche Lage ist in vielen europäischen Ländern aber trotzdem noch weit besser als im langjährigen Durchschnitt.

Von der wirtschaftlichen Erholung hat auch der Arbeitsmarkt profitiert. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone lag zuletzt nur noch bei 8,5 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2008. Aber eine genauere Analyse der Arbeitslosenstatistik zeigt allerdings, dass die Arbeitslosenquote zwischen den verschiedenen Ländern erheblich variiert. Nach der international einheitlichen Definition der Internationalen Arbeitsorganisation ILO etwa betrug die Arbeitslosenquote in Deutschland zuletzt nur 3,5 Prozent, in Spanien hingegen 16,1 Prozent und in Griechenland 20,8 Prozent.

Insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ist weiterhin ein großes Problem, denn in vielen Ländern ist diese deutlich höher als im internationalen Vergleich. So liegt die Jugendarbeitslosenquote in Frankreich bei 22,3 Prozent, in Italien bei 34,8 Prozent, in Spanien bei 38,7 Prozent und in Griechenland nach wie vor bei 43,8 Prozent.



Die Krise ist in weiten Teilen Europas nicht wirklich vorbei - sie ist nur aus den Schlagzeilen verschwunden. Auch das Thema Griechenland und weitere Hilfszahlung ist nicht vom Tisch und wird die Europäer in den kommenden Monaten wieder einholen.

DEUTSCHLAND

■ Ifo-Geschäftsklima trübt sich den fünften Monat in Folge ein

Der aktuellen Erhebung des Ifo-Instituts nach hat sich die Stimmung bei den deutschen Unternehmen im April den fünften Monat in Folge eingetrübt und das Geschäftsklima fiel um 1,2 Punkte auf 102,1 Zähler. Zwar schätzen die deutschen Unternehmen ihre aktuelle Lage weiterhin sehr positiv ein; der entsprechende Teilindex erreichte im April einen Wert von 105,7 Punkten, doch beim Erwartungsteilindex für die kommenden Monate kommen die pessimistischeren Zukunftserwartungen der Unternehmen zum Tragen: Der Index erreichte nur 98,7 Zähler. Beide Teilwerte lagen ebenfalls unter den Prognosen der Experten.

Die einzelnen Wirtschaftsbereiche stellen sich wie folgt dar: Im Bauhauptgewerbe ist der Geschäftsklimaindex auf ein neues Rekordhoch gestiegen, im Verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima dagegen zum dritten Mal in Folge verschlechtert. Auch im Dienstleistungssektor ist der Geschäftsklimaindex merklich gesunken. Die Händler waren sowohl mit ihrer aktuellen Lage als auch mit dem Ausblick auf die kommenden Monate weniger zufrieden als im März und somit gab auch im Handel der Index nach.

Bei dem Ifo-Index wird ab jetzt ein neues Grundniveau zu Grunde gelegt, denn seit April wird im überarbeiteten Index auch der Dienstleistungssektor mit einbezogen. Neues Basisjahr ist 2015 statt 2005. Der Index wird zukünftig durch die Reform unter dem bisherigen Niveau liegen.

Das Ifo-Geschäftsklima befindet sich formal auf einem Abwärtstrend, doch trotz des erneuten Rückschlags bleibt es auf einem vergleichsweise hohen Niveau.



■ Teuerungsrate verharrt im April bei 1,6 Prozent

Die Inflationsrate bleibt auch im April 2018 mit 1,6 Prozent unterhalb der von der EZB angestrebten Linie. In Deutschland sind die Verbraucherpreise im April im Vergleich zum Vormonat gleich geblieben und es ergab sich den Berechnungen zufolge keine Preissteigerung gegenüber März.

Die Europäische Zentralbank (EZB) steht damit nicht unter Handlungsdruck, ihre ultralockere Geldpolitik schnell zu ändern. Somit beließ der EZB-Rat in der letzten Zinssitzung den Leitzins im Euroraum wie erwartet auf dem Rekordtief von null Prozent und die Geschäftsbanken, die Geld bei der Notenbank parken, müssen dafür weiterhin 0,4 Prozent Strafzinsen zahlen.

■ Verbraucherstimmung verschlechtert sich leicht

Die Indikatoren zur Ermittlung der Stimmung der Konsumenten sind leicht eingetrübt. Der Syrien-Konflikt, die Handelspolitik der USA sowie die Konfrontation mit Russland verstärken die Befürchtungen und haben zuletzt leicht auf die Konsumstimmung der Verbraucher in Deutschland gedrückt. Vor allem hohe Mieten empfinden die Bürger als Belastung.

Sie beurteilten die konjunkturelle Lage weniger optimistisch, wie das Nürnberger Marktforschungsunternehmen GfK in seiner veröffentlichten Konsumklimastudie schreibt.

Doch aufgrund der exzellenten Beschäftigungslage besteht bei den Menschen kaum Angst, ihren Job zu verlieren. Bei der Betrachtung der Werte zeigt sich, dass die Indikatoren, die die Verbraucher unmittelbar betreffen, wie ihre Einkommensentwicklung und Anschaffungsneigung, immer noch stabil sind. Diese Planungssicherheit kommt in erster Linie größeren Ausgaben zugutekommen. Da auch die Zinsen absehbar niedrig bleiben, stellt Sparen keine wirkliche Alternative dar.

Die Aussichten, dass sich das Konsumklima weiter positiv entwickeln kann, bleiben gut und es besteht durchaus auch noch Potenzial nach oben.



NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Rusal-Sanktionen bestimmen Aluminiumgeschehen - US-Regierung gibt mehr Zeit

Die Ankündigung umfangreicher Sanktionen gegen russische Unternehmen, allen voran dem russischen Aluminiumkonzern Rusal, hat die Marktteilnehmer stark verunsichert, denn eine starke Verengung des Marktes wird befürchtet. Aus diesem Grund stiegen die Preise für das Leichtmetall deutlich und die Notierungen kletterten zeitweise auf das höchste Niveau seit mehr als sechs Jahren. Schon in den ersten Tagen nach Bekanntgabe der Sanktionen waren signifikante Preissteigerungen bei dem Rohstoff Alumina im Handel zu erkennen. Verstärkt wurde der Effekt noch durch die Abschaltung von 50 Prozent der Kapazität der Alunorte Raffinerie in Brasilien.

Binnen weniger Wochen ist der Preis für Aluminium um mehr als 20 Prozent bis auf 2.587 USD gestiegen. Das hat Gewinnmitnahmen nach sich gezogen und Aluminium verlor tags darauf bis 2.450 USD.

Die USA hatten zahlreiche Unternehmen russischer Oligarchen mit Sanktionen belegt, darunter auch das große Aluminiumunternehmen Rusal des Milliardärs Oleg Deripaska, der als Vertrauter von Russlands Präsident Wladimir Putin gilt. Der Konzern fällt unter die verschärften US-Sanktionen gegen Russland. Die USA verlängerten dann die Frist, bis zu der Kunden von Rusal ihre Beziehungen zur weltweit zweitgrößten Aluminiumhütte lösen müssen und Abnehmer haben nun bis zum 23. Oktober Zeit sich nach einem anderen Lieferanten umzusehen. Aluminium in Rohform oder Tonerde von der Firma Rusal sind de facto mit einem Embargo belegt worden.

Wie wichtig Rusal als Lieferant für Deutschland ist, zeigen Daten aus dem Jahr 2017. Im letzten Jahr wurden 744.853 Tonnen Aluminium in Rohform nach Deutschland importiert. Davon kamen 233.267 Tonnen aus Russland. Es wurden 31 Prozent des gesamten im Jahr 2017 nach Deutschland eingeführten Rohaluminiums aus Russland importiert, wovon ein großer Anteil durch Rusal geliefert wurde.



Das US-Finanzministerium veröffentlichte auf ihrer Internetseite ein Dokument, in dem es heißt, eine Lockerung der Sanktionen sei grundsätzlich denkbar, falls der Rusal-Eigner Deripaska die Kontrolle in dem Konzern aufgebe. Die Sanktionen der USA haben das Unternehmen veranlasst, über Umstrukturierungen nachzudenken, mit denen der Fortbestand des Geschäfts sichergestellt werden kann.

Kurz vor dem Bann der LME, kein russisches Material mehr anzunehmen, wurden noch Anlieferungen vorgenommen und die Vorräte stiegen auf 1.412.500 t (18.04.18). Danach kam es zu keiner weiter nennenswerten Bewegung der LME-Vorräte und am 30.04.18 lagerten in den lizenzierten Lagerhäusern 1.341.375 t.

Die nachlassende Angst vor einem akuten Angebotsengpass schickte den Aluminiumpreis ab dem 20.04.18 auf Talfahrt. Das Leichtmetall ermäßigte sich am 26.04.18 um bis zu 8,3 Prozent auf 2.206 USD, nachdem es zuvor bis zu 2,7 Prozent zugelegt hatte. Das markierte den größten Preissturz an einem Handelstag seit 13 Jahren. Der Monat schloss mit 2.226 USD. Analysten erwarten, dass die Preise von Aluminium in den USA noch stärker steigen dürften als an der LME.

Nach den Sanktionen sehen die Marktteilnehmer die nächste Katastrophe auf sich zukommen. Nachdem die USA eine Verzögerung bei der Erhebung von Einfuhrzöllen auf Aluminium bekannt gab, wird nun mehrheitlich damit gerechnet, dass die Importzölle Anfang Mai erhoben werden. Parallel dazu hat die EU bereits begonnen, die Importströme von Aluminium in die Europäische Union zu überwachen. So soll überprüft werden, ob die Importzölle der USA auf Länder wie China zu einem Anstieg von Lieferungen in die EU geführt haben. Die EU behält sich vor ihrerseits Maßnahmen zu ergreifen, um die Importe von Aluminium und Aluminiumprodukten zu begrenzen.

Die Angst vor einem Marktdefizit ist zum Ende des Monats ein wenig zurückgegangen, was sich auch an der starken Preiskorrektur zeigt. Unternehmen, die Aluminium weiterverarbeiten, sehen keine Entspannung und warnen weiterhin vor der Gefahr von Engpässen.



KUPFER

Kupfer bewegte sich entsprechend den Entwicklungen am Aluminiummarkt. Erst stiegen die Notierungen an der LME bis auf 7.030 USD (24.04.18) und im Sog der stark ermäßigten Aluminiumpreise baute auch Kupfer seine Verluste aus und die Preise gingen bis auf 6.820,50 USD zum 30.04.18 zurück. Dem Kupfermarkt gelang es dann aber ein eigenes Profil zu finden und die eigenen Marktfaktoren in den Vordergrund zu setzen.

Fundamental hat sicherlich auch der Rückgang der Vorräte in den Lagerhäusern der Londoner Metallbörse gewirkt. Diese habe sich im April 2018 in Summe um 48.375 t reduziert und lagen zum Berichtsmonatsende bei 334.650 t.

Der Handelsstreit zwischen den USA und China, dessen Ausgang unsicher scheint, könnte die Notierungen von Kupfer in der nächsten Zeit noch vor Belastungsproben stellen. Fundamental und technisch bekommt der Kupfermarkt derzeit Gegenwind.

Die Analysten der Bank Goldman Sachs haben indes ihre Prognose für den Kupferpreis von 7.050 USD auf 8.000 USD angehoben, mit der Begründung, dass es im laufenden Jahr eine anhaltend hohe Nachfrage aus China und weiteren Schwellenländern geben könnte. Die Mehrzahl der Analysten sieht als den mittelfristig größten Preistreiber für Kupfer die Elektrifizierung der Mobilität. Als größten Kupferverbraucher für diesen neuen Markt sehen Beobachter den chinesischen Markt. In China sollen bereits in den kommenden zwei Jahren rund 4,8 Mio. Ladestationen installiert werden, was laut Analysten zu einem Anstieg des Kupferverbrauchs von derzeit rund 185.000 Tonnen auf bis zu 1,74 Millionen Tonnen im Jahr 2027 zur Folge haben könnte.

Derzeit bestätigt sich bei Kupfer die insgesamt herrschende Einschätzung eines ausreichend versorgten Marktes. Aber das trifft nur kurzfristig zu und könnte sich bald ändern, da im Juni mit den Tarifverhandlungen in der chilenischen Escondida-Mine begonnen wird. Zuletzt wurde von dort mitgeteilt, dass die Vorverhandlungen ergebnislos beendet wurden. Das Szenario mehrwöchiger Streiks wollen die Produzenten in diesem Jahr unbedingt verhindern.

Da der Kupferpreis noch nicht in die Höhe schießt, sollten die Ziele für das Industriemetall nicht zu hoch angesetzt werden.



Fundamentale und technische Faktoren belasten den Kupferpreis derzeit, die Mittelfristprognose ist aber durchaus positiv, wobei auch hier die Versorgung des Marktes in den Mittelpunkt rücken könnte.

NICKEL

■ Im Sog befürchteter US-Sanktionen

Der Nickelmarkt wurde im Berichtsmonat vor allem von Sorgen, dass es auch Sanktionen gegen den russischen Produzenten Norilsk Nickel geben könnte, getrieben. Der Nickelpreis verzeichnete eine atemberaubende Rallye von rund 25 Prozent. Die Notierungen konnten auf 15.790 USD am 19.04.18 steigen. Die Sanktionen gegen den russischen Aluminiumproduzenten Rusal werden als mögliches Vorbild für ein ähnliches Vorgehen gegen den russischen Produzenten Norilsk Nickel gesehen. Doch bislang blieb das Unternehmen noch verschont und so prägten allein Spekulationen auf einen Angebotsengpass den Preis.

Eine Marktberuhigung führte die Notierungen wieder bis auf 14.295 USD (24.04.18) zurück und zum Ende der Berichtsperiode April 2018 wurde die 14.000-USD-Marke mit 13.770 USD unterschritten. Aktuell die Tonne Nickel auf einem Niveau gehandelt, das rund 50 Prozent höher ist als noch vor einem Jahr.

Die International Nickel Study Group (INSG) gab bekannt, dass sich das Defizit auf dem globalen Markt für Nickel im Februar auf 2.500 Tonnen verringert habe. Das Defizit lag im Vormonat noch bei 15.800 Tonnen. Für 2018 erwartet die INSG nun ein deutlich höheres Angebotsdefizit von 117.000 Tonnen als noch letzten Oktober prognostiziert wurde. Nun heißt es in dem Bericht, dass anstatt einer Halbierung das Defizit nahezu unverändert auf dem hohen Niveau des Vorjahres bleiben sollte. Insbesondere aus der Edelstahlindustrie wird in diesem Jahr ein merklich höherer Nickelbedarf von der Expertengruppe gesehen. In den letzten Monaten war es vor allem die zukünftig erwartete hohe Nachfrage nach Elektromobilen/Batterien, die den Nickelpreis nach oben beförderte.

Im Schatten der allgemeinen Stimmung orientierten sich die Lagerhausvorräte abwärtsgerichtet und sie gingen von 320.268 t auf 307.284 t zurück.

Analysten gehen nicht davon aus, dass der Nickelpreis in den nächsten Monaten stark unter Druck geraten könnte. Das Sentiment und das Momentum des Marktes sind einfach zu gut.



ZINK

■ Anstieg der Bestände belastet den Markt

Der Zinkpreis hat sich in den letzten Handelswochen oberhalb von 3.100 US-Dollar festigen können. Das Niveau oberhalb der Marke von 3.200 USD wurde zwischenzeitlich vom Markt getestet (z. B. 20.04.18: 3.260,50), konnte sich aber nicht durchsetzen. Der April schloss mit 3.170,50 USD, insgesamt mussten die Händler dementsprechend Verluste hinnehmen.

Unter Druck ist der Zinkpreis durch einen Anstieg der LME Bestände gekommen, die im April 2018 um mehr als zwanzig Prozent zugelegt haben. Mit 211.650 t startete der Berichtsmonat und bis zum 24.04.18 reduzierten sich die Vorräte deutlich bis auf 181.325 t. Am 30.04.18 lagen die Vorräte jedoch bei 237.55 t. Die deutlich verbesserten Notierungen trugen dazu bei, dass die Produzenten ihre Minen teilweise wieder hochgefahren haben, so dass der unmittelbare Angebotsdruck auf den Markt entfällt.

Den Daten der LME zufolge sind nur gut fünf Prozent der Bestände zur Auslieferung vorgesehen. Damit fällt, zumindest kurzfristig, eine der wichtigsten fundamentalen Unterstützungen für den Zinkpreis weg. Zuletzt sorgten immer wieder Spekulationen über eine Verengung des Angebots für ein hohes Preisniveau.

Gepaart mit einer geringen Nachfrage wird für das Industriemetall in der weiteren Entwicklung ein Rückgang der Kurse erwartet. Angebotsengpässe sind derzeit nicht zu erwarten und ebenso auch keine neuen Impulse für einen Nachfrageschub.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel
Amtsgericht Essen, HRA 8543
Steuernummer: 323/5819/0278
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web www.AluminiumOnline.de

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164

